Anlage zum Sachstandsbericht

Baumaßnahme Erneuerung Straßenbeleuchtungsanlage

Käthe-Kollwitz-Straße in Weißenfels

Beantwortung der Anfragen und Hinweise aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadt Weißenfels am 07.09.2015 zum Top 6

Hinweis SEA: Unbedingt eine Lösung unterbreiten, wie die beitragspflichtigen Anwohner entlastet und die Kosten anders verteilt werden können.

Beantwortung: Gegenstand der Abrechnung einer beitragsfähigen Maßnahme ist immer die Verkehrsanlage auf ganzer Länge. Die Verkehrsanlage ist nicht zwingend nur der Teil der Straße, auf dem die Baumaßnahme durchgeführt wird. Die Verkehrsanlage ist unter Zugrundelegung einer natürlichen Betrachtungsweise zu bestimmen. Daher ist es möglich, dass Länge und Ausdehnung der Baumaßnahme einerseits und der Verkehrsanlage andererseits nicht identisch sind. Das ist auch vorliegend der Fall.

Die Verkehrsanlage Käthe-Kollwitz-Straße beginnt an der Einmündung der Käthe-Kollwitz-Straße im Kreuzungsbereich Langendorfer Straße / Käthe-Kollwitz-Straße und endet an der Einmündung in den Kreisverkehr, der am Gewerbegebiet Käthe-Kollwitz-Straße liegt.

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung ist nur für den unteren Teil der Käthe-Kollwitz-Straße beginnend an dem Parkplatz Kleingartenverein Güldene Berge e.V. und endend hinter der Einmündung der Paul-Rosenkranz-Straße vorgesehen.

Hier war zunächst zu klären, ob die Ausdehnung der Baumaßnahme an die Verkehrsanlage angeglichen werden kann. Da die Straßenbeleuchtung jedoch im übrigen Teil der Käthe-Kollwitz-Straße in der Vergangenheit bereits erneuert wurde und eine Erneuerung in absehbarer Zeit nicht beabsichtigt ist, scheidet diese Möglichkeit aus. Der Austausch einer funktionsfähigen Anlage würde dem Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung widersprechen.

Aus diesen Gründen verbietet sich auch eine Abschnittsbildung.

Demnach bleibt es bei dem Ausbau nur auf einer Teilstrecke.

Ob es sich um eine beitragsfreie Instandhaltung oder eine beitragsfähige Erneuerung handelt, hängt vom Ausmaß der Arbeiten an der Verkehrsanlage ab. Hierbei sind sowohl qualitative als auch quantitative Aspekte zu berücksichtigen.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat bereits ein knapp 30 % (der Verkehrsanlage) umfassendes Teilstück als nicht nur untergeordnet angesehen (Urteil vom 09.04.2015, Az.: 9 LC 320/13, Rn 34).

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof lässt es gar genügen, wenn die betroffene Teilstrecke ein Viertel der gesamten Straßenlänge umfasst (Urteil vom 28.01.2010, Az.: 6 BV 08.3043).

Es ist vorgesehen, auf einer Streckenlänge von ca. 551 m 16 neue Leuchten mit LED-Technik zu setzen.

Hierfür ist zudem auf einer Strecke von 600 m die Verlegung von Kabeln erforderlich, da bisher auf dem Teilstück nur Freileitungen vorhanden sind. Insgesamt befinden sich an der ca. 1416 m langen Verkehrsanlage 41 Leuchten. In Anbetracht des Umfangs der Maßnahme, die sich gemessen an der Gesamtzahl der Leuchten auf mehr als ein Drittel beläuft, ist von einer Erneuerung auszugehen.

Da die Leuchten vollständig ersetzt werden und mit neuester Technik ausgestattet sind, handelt es sich auch in qualitativer Hinsicht um eine Erneuerung. Damit ist die Maßnahme beitragsfähig.

Bei einem beitragsfähigen Teilstreckenausbau gilt die gesamte Anbaustraße als erneuert, so dass an der Verteilung des umlagefähigen Aufwandes **alle** Grundstücke zu beteiligen sind, die eine beitragsrelevante Inanspruchnahmefähigkeit der ausgebauten Straße haben (Driehaus, Kommentar zum Kommunalabgabenrecht, § 8, Rn 289 i, s. Anlage 3; Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig-Holstein vom 24.03.2010, Az.: 2 LB 23/09, s. Anlage 4).

Aufgrund der Beteiligung aller Grundstücke gereicht der beitragsfähige Teilstreckenausbau den Anliegern grundsätzlich zum Vorteil.

Wegen der tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten an der Verkehrsanlage Käthe-Kollwitz-Straße können jedoch nur einige Grundstücke beitragsrechtlich herangezogen werden.

Eine Erweiterung des Kreises der Beitragspflichtigen lassen das Kommunalabgabengesetz (KAG LSA) und die Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt nicht zu. Es kann nur derjenige zu einem Beitrag herangezogen werden, dem durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Straße ein Vorteil entsteht, § 6 Abs. 1 KAG LSA. Dafür genügt es, dass ein Zugang auf das Grundstück von der ausgebauten Straße aus genommen werden kann (Beschluss des OVG LSA vom 17.02.2011, Az.: 4 L 13/10).

Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass der hohe Beitrag, der auf das Grundstück Langendorfer Straße 94 entfällt, auch daraus resultiert, dass das Grundstück eine Fläche von 5370 m² hat, darauf ein Gebäude mit drei Vollgeschossen steht und gewerblich genutzt wird. Das sind Faktoren, die ohnehin den Beitrag erhöhen.

Hinweis SEA: Prüfen, ob alle Grundstücke in die Berechnung gedanklich aufgenommen werden können, um damit den Kostenanteil für die beitragspflichtigen Anwohner zu senken. Es ist den Stadträten bewusst, dass die Stadt dann auf den Kosten, der nicht beitragspflichtigen Grundstücke, sitzen bleibt. Dennoch könnte somit der Anteil für die 7 beitragspflichtigen Anwohner sinken.

Beantwortung: Eine solche Vorgehensweise entbehrt -wie bereits unter Punkt 1 dargestellt- einer gesetzlichen Grundlage und wäre willkürlich. Dies würde zudem Unmut bei den beitragspflichtigen Anliegern anderer Verkehrsanlagen hervorrufen.

Hinweis SEA: Vorschlag, wie auch die Heinrich-Zille-Straße beleuchtet werden kann. Eventuelle Beleuchtungsmasten, welche ebenso nach hinten strahlen.

Beantwortung: Da es sich bei der Verlängerung der Heinrich-Zille-Straße (hier unbefestigter Straßenabschnitt parallel zur Käthe-Kollwitz-Straße) um eine

eigenständige Erschließungsanlage handelt, unterliegen deren Anlieger jedoch nicht der Beitragspflicht hinsichtlich der Maßnahmen an der Käthe-Kollwitz-Straße. Jedoch handelt es sich bei der Errichtung einer Beleuchtung für die Verlängerung der Heinrich-Zille-Straße (hier unbefestigter Straßenabschnitt parallel zur Käthe-Kollwitz-Straße) wohl um eine Erschließung, da die Straße selbst augenscheinlich nicht erstmalig hergestellt ist und es in diesem Bereich bisher keine Straßenbeleuchtung gibt.

Eine erstmalige Herstellung fiel unter das Erschließungsbeitragsrecht und damit unter die Satzung über die Erhebung der Erschließungsbeiträge der Stadt Weißenfels -verbunden mit einem höheren Anliegeranteil- und kann auch aus diesem Grund nicht zusammen mit den (Straßenausbau-) Beiträgen für die Käthe-Kollwitz-Straße abgerechnet werden.

Wenn man sich für Leuchten entschiede, die auch die Heinrich-Zille-Straße beleuchten, wäre eventuell eine Aufteilung der Gesamtkosten auf zwei Verkehrsanlagen möglich. (Hierbei ist jedoch zu beachten, dass im weiteren Verlauf der Heinrich-Zille-Straße voraussichtlich noch einzelne Masten aufzustellen wären, die von denen in der Käthe-Kollwitz-Straße unabhängig sind.) Dann müsste aber erst entschieden werden, ob nicht im Zuge dessen die Straße grundhaft ausgebaut wird. Die beitragsrechtlichen Voraussetzungen müssen von Neuen geprüft werden. Die Anlieger müssten informiert werden etc.

Hinweis SEA: Prüfen, wer die Kosten für einen Radwegbau zahlen müsste, wenn die Stadt den Bau veranlasst.

Beantwortung: Grundstückseigentümerin der Seitenstreifen, bestehend aus dem Grünstreifen, dem Flutgraben und dem weiteren Grünstreifen oder auch Hangteil, ist die Bundesrepublik Deutschland. Derzeit sind die Stadt Weißenfels und der bundeseigene Landesbaubetrieb in Verhandlungen zur Übernahme der Grundstücke mit den Nebenanlagen.

Danach muss eine aufwendige Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten zur Errichtung eines Rad- und Fußweges erfolgen. Da es sich um eine umfassende Maßnahme, auch wegen der Regenwasserbeseitigung und teilweise Hanglage handelt, kann hier keine gleichzeitige Baumaßnahme mit der Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage aus Zeitgründen stattfinden.

Wesentlich bei der Betrachtung der Möglichkeit der Errichtung von Rad- und Fußwegen wird die Finanzplanung in den Haushaltssatzungen der Folgejahre mit den erforderlichen Genehmigungen sein.

Die Errichtung eines Rad- oder / und Fußweg stellt eine beitragspflichtige Maßnahme dar und würde zu Beitragsbescheiden der selbigen Grundstückseigentümer führen.

Hinweis SEA: Heinrich-Zille-Straße soll als Radweg genutzt und entsprechend hergerichtet werden.

Beantwortung: Auch bei dieser Variante treffen die vorgenannten Erläuterungen zum Ausbau- und Beitragsrecht zu. Wir haben den Hinweis aber zur Prüfung an den Fachbereich III, Abteilung Tiefbau weiter gegeben.

Die Straßenbeleuchtungsanlage stellt eine öffentliche bauliche Gefahr dar. Dies hat sich bei einem Starkwind in der jüngeren Vergangenheit durch den Umsturz eines Betonmastes auf die Fahrbahn erneut gezeigt. Sollte eine

Erneuerung nicht gewünscht sein, muss diese Teilanlage wegen der Verkehrssicherungspflicht und eventuellen Haftungsfolgen abgebaut werden.

Rakut
Fachbereichsleiter Städtische Dienste